



**Pascal Barthel (26 Jahre)** ist Bezirksvorsitzender der nordhessischen Jungsozialisten (Jusos) in der SPD, Stellvertretender Juso-Landesvorsitzender von Hessen und Stadtverordneter in Bad Hersfeld. Er studiert Politikwissenschaft an der Phillips-Universität in Marburg.

tät gibt, dass eine Gesellschaft durchlässig und sozial sein muss, dass alle Menschen an ihr teilhaben und ihnen diese Teilhabe ermöglicht werden muss. Es ist die Geschichte einer Partei, die im Deutschen Kaiserreich die politisch und materiell unterprivilegierten Arbeiter organisiert hat und deren ganzes Bestreben darauf abzielte, die ungerechte Klassenherrschaft des Kaiserreichs zu überwinden und eine gerechte Gesellschaft aufzubauen. Dazu gehört seit fast 150 Jahren die felsenfeste Überzeugung, dass gesellschaftlicher Aufstieg möglich ist, durch Demokratie, Rechtsgleichheit, Bildung und Chancengleichheit, durch mehr Gerechtigkeit bei der Einkommensverteilung und durch soziale Förderung. Diese Grundüberzeugung gilt für Sozialdemokraten unabhängig vom Stand, der Schicht, der Nation und der Religion. Sarrazin vertritt dagegen eine Position, die die Privilegien derjenigen, die oben sind, sichern will und zwar gegen diejenigen, die unten sind. Ihnen will er die

Aufstiegschancen nehmen, sie will er unter Druck setzen. Und diese Botschaft verkauft er als Rettung Deutschlands, das ist das Schlimme und da ist Sarrazin in der Tat von vielen Medien falsch verstanden worden. Nur nicht in dem Sinne falsch, wie das sein Anwalt Klaus von Dohnanyi meint, sondern darin, dass sein zutiefst unsoziales Menschenbild nicht genug von den Medien herausgearbeitet wurde und genau wegen dieses unsozialen Menschenbildes hätte er aus der SPD ausgeschlossen werden müssen. Genau da gelten eben auch Gabriels Worte vom letzten September: „Wer uns empfiehlt, diese Botschaft in unseren Reihen zu dulden, der fordert uns zur Aufgabe all dessen auf, was Sozialdemokratie ausmacht: unser Bild vom freien und zur Emanzipation fähigen Menschen. Und wer uns rät, doch Rücksicht auf die Wählerschaft zu nehmen, die Sarrazins Thesen (oder dem was davon veröffentlicht wurde) zustimmt, der empfiehlt uns taktisches Verhalten dort, wo es um Grundsätze geht.“ Leider haben wohl genau diese taktischen Erwägungen, gekoppelt mit der Angst vor einer möglichen juristischen Niederlage, die Rücknahme des Anschlussantrages durch Andrea Nahles, die Prozessbevollmächtigte des SPD-Parteivorstands, bewirkt. Doch gerade hier hätte der Parteivorstand seine Position halten müssen und durch sämtliche Instanzen der sozialdemokratischen Parteigerichtsbarkeit gehen müssen, denn Grundsätze sind Glaubwürdigkeit und die behält man nur mit Standhaftigkeit. Die SPD-Bundesspitze hat das Thema offensichtlich so gewaltig unterschätzt, dass sie nun mit der Einführung einer Migrantenquote in der SPD versucht, den politischen Flurschaden zu begrenzen. Aber Men-

schen bekennen sich nicht zu Quoten, sondern zu gemeinsamen Überzeugungen, zu politischen Ideen, die glaubwürdig vorgelebt werden.

Die SPD braucht keine Migrantenquote! Personalpolitik kann die Risse im inhaltlichen Fundament der deutschen Sozialdemokratie nicht kaschieren. Dass diese Rechnung nicht aufgeht, müsste eine Partei, die innerhalb kürzester Zeit diverse Vorsitzende verschlissen und ausgetauscht hat, eigentlich wissen. Die Einführung einer solchen Quote führt unweigerlich zu einer Debatte, die fatal für die SPD wäre: Wer ist Migrant und wer nicht? Anhand welcher Kriterien will die SPD entscheiden, wer das „Quorum Migrant“ erfüllt? Diese Diskussion birgt tief in ihrem Inneren eine große Gefahr und wenn erst innerhalb der Partei darüber diskutiert wird, wer zu wie viel Prozent Migrant ist bzw. wer zu wie viel Prozent Deutscher ist, dann ist es um die Sozialdemokratie geschehen. Migrantinnen und Migranten müssen endlich gleiche Lebenschancen haben. Es geht um eine echte Teilhabe an der Gesellschaft - dazu gehört auch die politische Teilhabe. Deutschland braucht keine Integrationsdebatte à la Sarrazin, sondern eine Willkommenskultur bei der Migranten Chancen eröffnet und gemeinsame gesellschaftliche Werte vermittelt werden. Wir sind ein Einwanderungsland. Es wird Zeit, dass wir das begreifen. Das heißt, wir müssen die Einwanderer fördern und ja, auch fordern - gerade wenn es um das Bekenntnis zu den Werten einer aufgeklärten Demokratie gleichberechtigter Menschen geht. Dies gilt sowohl für Migrantinnen und Migranten, als auch für alle Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

# MIT-VERLAUB

## EXTRA-BLATT



www.mit-verlaub.de

ZEITSCHRIFT DER NORDHESSISCHEN JUSOS zum SPD - Bezirksparteitag September 2011

## Empört Euch - und handelt!

von Pascal Barthel

Mit 93 Jahren hat Stéphan Hessel eine Streitschrift mit dem Titel „Empört Euch!“ vorgelegt. Hessel ist gebürtiger Berliner, hat das Konzentrationslager Buchenwald überlebt, war Mitglied der Résistance und einer der Mitautoren der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen. Mit eindringlichen Worten ruft der ehemalige französische Diplomat zu friedlichem Widerstand gegen die Unzulänglichkeiten unserer „modernen“ Gesellschaft auf. Das ist ein Weg, die Menschen wachzurütteln und die Gesellschaft auf die soziale Schiefelage hinzuweisen.

Ein ganz anderer Weg, teils erschreckend und kriminell, Empörung auszulösen, erleben wir in Großbritannien. Hier kam es Anfang August zu nächtelangen Ausschreitungen zwischen randalierenden Jugendlichen und der Polizei. Die dort aufgekommene Gewalt gilt es ist deutlich zu verurteilen. Dennoch ist die Analyse damit nicht zu Ende. Wenn Jugendliche in dem Mutterland der industriellen Revolution nachts zu hundert auf die Straße ziehen, Geschäfte plündern, Mitbürger überfallen und es zu Verletzten und sogar Toten kommt, dann ist eine Antwort das harte Durchgreifen

der Staatsmacht, um gesellschaftliche Ordnung wiederherzustellen. Das ist eine Herangehensweise, aber beantwortet noch lange nicht, wie es in einem Land wie Großbritannien soweit kommen konnte. Offensichtlich fehlt diesen Jugendlichen jegliche Zu-



kunftsperspektive, denn wie lässt sich sonst erklären, dass sie ihre Zukunft und ihr Leben einfach so wegwerfen? Was bedeutet das für die fast 150-jährige deutsche Sozialdemokratie? In Deutschland lebt inzwischen die zweite Generation von Hartz IV-Empfängern. Welche Zukunftsperspektive haben diese Jugendlichen? Welche Ziele können Menschen anstreben, denen die Gesellschaft nicht vermitteln konnte, dass es einen Grund gibt, sich den Wecker zu stellen und morgens aufzustehen? Wie gehen wir damit um, dass es mehr und mehr Jugendliche gibt, deren Karriereziel es ist, „Hartzler“ zu werden? Hier ist Empörung und konkretes Handeln gefordert! Ein typischer und wahlkampf-

tauglicher sozialdemokratischer Slogan lautet: Kein Kind wird zurückgelassen. Doch wie gehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit den Kindern und Jugendlichen um, die sich ab dem frühen Abend an Bushaltestellen und auf Kinderspielplätzen treffen, um sich dort ins „Koma zu saufen“? Ein Mehr an Kameraüberwachung und Alkoholverboten an öffentlichen Plätzen lindert vielleicht die Probleme, bekämpft aber sicherlich nicht die Ursache.

Die Sozialdemokratie muss sich empören. Sie muss empört darüber sein, dass wir nicht nur einzelne Kinder und Jugendliche zurück lassen, sondern ganze Generationen. Zugleich muss das eigene Handeln kritisch hinterfragt werden. Statt sich mit den drängenden gesellschaftlichen Fragen, Problemen und Herausforderungen zu befassen, beschäftigt sich die Sozialdemokratie - in Form der Parteireform - mal wieder mit sich selbst. Jetzt ist es Zeit, um zu Handeln. Die SPD, als soziale Bewegung mit einer 150-jährigen Vergangenheit, muss entschieden für ihr Ideal von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eintreten. Denn schon Willy Brandt lehrte: „Wer Unrecht duldet, stärkt es“.



Zur Person:  
Nicole Leidenfrost  
31 Jahre alt  
ein Sohn  
Studentin der Soziologie in Kassel  
Wohnort: Bebra

## Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

seit nun mehr acht Jahren sitze ich im Bezirksvorstand der SPD Hessen – Nord. Damit gehöre ich als 31-jährige bereits zum „alten Eisen“. Neben der aktiven Teilnahme an diversen Wahlkämpfen, hatte ich die Möglichkeit an einer kontinuierlichen Fortschreibung unserer sozialdemokratischen Perspektiven für Nordhessen mitzuwirken. Dabei lernte ich auch, wie politische Zukunftskonzepte entstehen und wie man sie erkämpft. Eines dieser Konzepte liegt mir als alleinerziehende Mutter besonders am Herzen. Die Zukunft von Frauen und auch von Familien im ländlichen Raum. Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie schwierig es als Alleinerziehende sein kann, in

Nordhessen zu studieren und zu arbeiten. Daher kann ich mich sehr gut in die Sorgen junger Familien hineinversetzen. Als Soziologin setze ich mich jedoch nicht nur mit der Situation der Frauen und Familien, sondern mit der gesamten Struktur der Bevölkerung auseinander. Vor allem mit dem demografischen Wandel. Denn auch unter den „Alten“ sind es oft die Frauen, die von Armut und sozialem Abstieg und Vereinsamung in ganz besonderer Weise betroffen sind. Allein schon, weil sie oft nicht so hohe Renten beziehen wie Männer. Ich will meine Arbeit auch in den nächsten Jahren fortsetzen, den SPD-Bezirk gemeinsam mit euch allen stärken und nicht zuletzt die Gesellschaft voranbringen. Dafür bitte ich euch um euer Vertrauen.

## Neuer Juso-Bezirksvorstand

von Dietmar Bürger



Über den Autor:  
Dietmar Bürger (41 Jahre) ist Bezirkssekretär der nordhessischen Jungsozialisten in der SPD und Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Kassel-Wesertor

Die ordentliche Bezirkskonferenz der nordhessischen Jungsozialisten wählte am 26. Juni 2011 im Herz- und Kreislaufzentrum (HKZ) in Rotenburg an der Fulda den 26-jährigen Pascal Barthel erneut zu ihrem Bezirksvorsitzenden. 48 Delegierte stimmten mit Ja, 7 mit Nein, 2 enthielten sich. Barthel erhielt damit 84,21 Prozent der Stimmen, ein für Juso-Verhältnisse hervorragendes Ergebnis. Pascal Barthel lebt in

Bad Hersfeld und studiert Politikwissenschaft in Marburg. Als seine Stellvertreterin und Bundesausschussvertreterin des Bezirks wurde Sabine Wurst (Kassel) gewählt. Als weitere Stellvertretende Bezirksvorsitzende wurden Andreas Schaaque (Edertal), Florian Erle (Lahntal), Katharina Dammer (Hessisch-Lichtenau), Oliver Schmolinski (Kassel), Saskia Mahrhofer (Calden), Ferike Thom (Fulda), und Sebastian Vogt (Schwalmstadt) gewählt.

### Impressum

#### Herausgeber

Bezirksvorstand der nordhessischen Jusos

#### Redaktion

Pascal Barthel, Dietmar Bürger

#### Mitarbeit an dieser Ausgabe

Nicole Leidenfrost

#### Druck

Werbung- und Drucktechnik  
Dennhäuser Str. 116  
34134 Kassel

Auflage: 400

#### Anschrift

Jusos Hessen-Nord  
Humboldtstr. 8a,  
34117 Kassel  
Fon 0561-70010-14  
Fax 0561-70010-19  
eMail: jusos.hessen-nord@spd.de  
Internet: www.jusos-hessen-nord.de

Die Jungsozialisten beschäftigten sich ausführlich mit dem Thema Integration. Einig war sich die Juso-Bezirkskonferenz darin, die Rechte von Migranten in Deutschland zu stärken. Die Jusos lehnten dagegen entschieden die Einführung einer Migrantenquote in der SPD ab. „Ziel der SPD muss es sein, die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, durchzusetzen und nicht irgendwelche Scheingefechte um innerparteiliche Quoten zu führen“, erklärte der Juso-Bezirksvorsitzende Pascal Barthel zu diesem Thema. In einer leidenschaftlichen Debatte mit dem SPD-Bezirksvorsitzenden Manfred Schaub und dem hessischen SPD-Generalsekretär Michael Roth, MdB setzten sich die Jusos intensiv für die Stärkung der Rechte der SPD-Mitglieder und für den Ausbau der innerpar-



Neuer Juso-Bezirksvorstand

Quelle HNA/Gottbehüt

teilichen Demokratie ein. Die Jusos lehnten strikt in einem mit großer Mehrheit beschlossenen Antrag die Beteiligung von Nichtmitgliedern an der Auswahl von SPD-Kandidaten für öffentliche Ämter ab und erteilten damit dem SPD-Bundvorsitzenden Sigmar Gabriel und der SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles eine deutliche Abfuhr.

Die Juso-Bezirkskonferenz beschloss des Weiteren, dass die SPD sich dafür einsetzen soll, dass es einen erneuten Anlauf für ein Verbot der NPD geben soll. Die Jusos sind der festen Überzeugung, dass die NPD verfassungs- und demokratiefeindlich ist und deswegen verboten werden sollte.

## Integrationspolitik braucht Überzeugungen!

Ein Kommentar von Pascal Barthel zum  
nichterfolgten Parteiausschluss von Thilo Sarrazin

Als die SPD-Partei Spitze im letzten Jahr das Parteiordnungsverfahren gegen Thilo Sarrazin einleitete, begründete das der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel in einem Beitrag für die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ am 16.09.2010 mit dem eugenischen Charakter der Thesen Sarrazins, der „keine Integrations-, sondern eine Selektionsdebatte“ führen würde. Er warf ihm „ethnische Ressentiments“ vor, die „den Boden für die Hassprediger im eigenen Volk“ bereiten würden. Er bezeichnete Sarrazin darin als „Hobby-Darwin“, der grund-

sätzliche sozialdemokratische Überzeugungen ablehnt. Sarrazin vertrete die Ansicht, dass das Entstehen von oben und unten in der Gesellschaft mit natürlicher Auslese durch Vererbung zu tun hätte, dass also die „Angehörigkeit zu einer bestimmten Schicht ganz primär mit der vererbten Intelligenz zu tun hat“. Gabriel analysierte treffend den rückschrittlichen Charakter der Thesen Sarrazins und bezeichnete diese als „unverblümete Wiederbelebung der ständischen Gesellschaft“. Diese Thesen in dem Buch

„Deutschland schafft sich ab“ von Sarrazin, über das sein Anwalt Klaus von Dohnanyi sagt, dass Sarrazin „nichts zurückzunehmen habe“ (Tagespiegel vom 27.04.2011), sind in ihrem tiefsten Wesenskern ein Gegenentwurf zu sozialdemokratischen Grundwerten. Parteien sind Wertegemeinschaften, ihre Mitglieder bekennen sich bei allen unterschiedlichen Meinungen in einzelnen Sachfragen zu gemeinsamen Grundsätzen. Für die SPD ist dieses die tiefe Überzeugung, dass es wirkliche Freiheit nur mit Gerechtigkeit und Solidari-